

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2004  
– Drucksachen 15/1500, 15/1670, 15/1912, 15/1921, 15/1922, 15/1923 –**

**hier: Einzelplan 14**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In folgenden Titeln werden keine über dem Jahressoll 2003 liegenden Ansätze veranschlagt:

Kapitel 14 14 Fernmeldewesen

Titel 554 02 Beschaffung von Fernmeldematerial  
Reduzierung um 30 Mio. Euro

Kapitel 14 18 Schiffe und Marinegerät

Titel 554 01 Beschaffung von Schiffen  
Reduzierung um 15 Mio. Euro

Kapitel 14 19 Flugzeuge

Titel 554 03 Beschaffung des Waffensystems Unterstützungshubschrauber  
Reduzierung um 100 Mio. Euro

Titel 554 04 Beschaffung NATO-Hubschrauber 90  
Reduzierung um 153 Mio. Euro

Titel 554 03 Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000  
Reduzierung um 260 Mio. Euro

Titel 554 06 Beschaffung des Großraumtransportflugzeuges A400M  
Reduzierung um 6 Mio. Euro

Kapitel 14 20 Wehrforschung

Titel 551 01 Wehrtechnische Forschung  
Reduzierung 19 Mio. Euro

Titel 551 18 Entwicklung des Waffensystems Eurofighter 2000  
Reduzierung um 29 Mio. Euro

Berlin, den 24. November 2003

**Dr. Gesine Löttsch**  
**Petra Pau**

**Begründung**

Deutschland und das Nordatlantische Bündnis werden militärisch von niemandem bedroht. Eine gesetzliche Leistung nach der anderen im Lande wird mit Verweis auf leere Kassen reduziert. Dennoch eskalieren die Rüstungsausgaben. Die einst zur Landesverteidigung aufgestellte Bundeswehr wird nach Vorgabe der NATO-Strategie von 1999 zur Interventionsarmee mit 150 000 „Einsatzkräften“ umgebaut, sie soll ein Drittel der Schnellen Eingreiftruppe der EU (60 000) stellen und die Bundesmarine plant die Hochseekriegsführung. Schon jetzt sind mehr als 12 500 deutsche Soldaten vom Balkan bis Zentralasien eingesetzt.

Unser Land muss als fairer Partner und Motor für globale Gerechtigkeit, Interessenausgleich und zivile Konfliktlösung wahrgenommen werden. Die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen lassen sich nicht mit den Rezepten des 19. Jahrhunderts lösen, indem äußere Sicherheit auf den militärischen Aspekt verengt wird. Das ist ein Irrweg und Rückschritt, der zudem gravierende Verfassungs- und Völkerrechtsprobleme aufwirft. Heutige gewaltträchtige Konflikte entstehen überwiegend innerstaatlich. Wirksame Sicherheitsvorsorge muss daher dort bei der Beseitigung der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Konfliktursachen ansetzen. Den Umbau der Bundeswehr zu einer hoch mobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee lehnen wir ab.